



## **Schriftliche Anfrage**

des Abgeordneten **Jan Schiffers AfD**  
vom 05.07.2021

### **Säureangriff in Bamberg – Nachfrage**

Am 03.03.2019 wurde eine 65-jährige Frau in der Bamberger Innenstadt Opfer eines Säureangriffs. Medienberichten zufolge (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 07.03.2019) hat die Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus die Ermittlungen übernommen; ein antisemitischer Hintergrund könne nicht ausgeschlossen werden.

Ich frage die Staatsregierung:

1. Hat sich der Verdacht, es könne ein antisemitischer Hintergrund der Tat gegeben sein, mittlerweile erhärtet? ..... 1
2. a) Wurden die Ermittlungen mittlerweile abgeschlossen? ..... 1  
b) Wenn ja, mit welchem Ergebnis? ..... 1
3. Wie wurde die Tat in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst? ..... 1

## **Antwort**

des **Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration, in Bezug auf die Fragen 1 und 2 im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz**  
vom 02.08.2021

1. **Hat sich der Verdacht, es könne ein antisemitischer Hintergrund der Tat gegeben sein, mittlerweile erhärtet?**

Der Verdacht eines antisemitischen Hintergrundes konnte nicht erhärtet werden.

2. a) **Wurden die Ermittlungen mittlerweile abgeschlossen?**  
b) **Wenn ja, mit welchem Ergebnis?**

Das Verfahren wurde in Bezug auf zwei Beschuldigte am 01.09.2019 gemäß § 170 Abs. 2 Strafprozessordnung (StPO) eingestellt, weil ein Tatnachweis nicht zu führen war. Die Ermittlungen gegen unbekannt dauern an.

3. **Wie wurde die Tat in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst?**

Die Straftat wurde nicht im Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität im Meldezeitraum erfasst. Es erfolgte eine Erfassung mehrerer Delikte (Versuchte schwere Körperverletzung, Erpressung, Bedrohung, Beleidigung) in der Polizeilichen Kriminalstatistik.

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.